

Unternehmer nützliche Sozial hat selbstverständlich deren Profit jederzeit gewaltig erhöht. Nachdem aber über anderthalb Millionen deutsche Männer in diesem kapitalistischen Kriege ihr Leben lassen mußten, fällt auf eine trocke Raub von Witwen die schwere Aufgabe, allein für ihren und ihrer Kinder Unterhalt zu sorgen, ebenso wie viele junge Mädchen dauernd sich selbst und oftmals noch alte Eltern unterhalten müssen, weil jede Heiratsmöglichkeit infolge des Massenmordens für sie ausgeschlossen ist. Auch hier kann nur der Widerstand der gesamten Arbeiterklasse mit Hilfe klassenbewußter Organisationen gleichen Lohn für gleiche Leistung erzwingen und die Anwendung von Frauenarbeit zu industrieller Lohnindustrie und Schmutzkonfektur unmöglich machen.

Doch mit diesen Forderungen des gleichen Rechts auf Arbeit und ihrer gleichen Entlohnung sind wir Frauen noch nicht befriedigt. Wir fordern mehr: die Errichtung eines internationalen Arbeitsamtes, in dem sozialistische Vertreter und Vertreterinnen der Arbeiterklasse aller Länder sitzen, die den gesamten Arbeiter- und Arbeiterinnenschutz, wie den Schutz der Mütter, Säuglinge, Kinder und Jugendlichen durch internationale Gesetze regeln. Ein Völkerverbund, dem dieses Recht nicht verweigert wird, ist kein sozialistischer Bund der Arbeiter, sondern der Kapitalisten aller Länder zum Zwecke der fortwährenden uneingeschränkten Ausbeutung der Arbeiterklasse.

Der Kapitalismus hat sich als höchster Sodomaalter der Menschheitsideale erwiesen. Mit Blut und Schmutz beudet kam das Kapital zur Welt, mit Blut und Schmutz beudet geht es unter. Noch stehen wir mitten in der Revolution, deren Siegeslauf von Ost nach West keine Macht der Erde aufhalten vermag.

Wohl denken wir heute trauernd an der Opfer, die der Krieg erfordert, aber „kein Klagenlied, kein Tränenlied, kein Lied um jeden, der schon fiel“, darf unsere Kraft lähmen, sondern der Glaube an die siegreiche Macht des Sozialismus muß uns auch in härteren Zeiten immer wieder neu beleben. Und heute am Frauentag der Revolution, die uns Frauen doch schon die politische Befreiung gebracht, geloben wir, die Revolution fortzuführen, bis das rote Banner des Sozialismus siegreich weht über der sozialistischen Internationale der Völker aller Länder.

Ein dringender Notstand.

Von J. Landscheidt.

Der Reichsausschuß der Nationalversammlung hat sich am 28. März mit der Demobilisation der Flugsplätze beschäftigt. Nach dem Protokoll zu urteilen, trifft diese Beratungen der Vorwurf der Oberflächlichkeit.

Ich will die Wichtigkeit der Sache durch Beispiele demonstrieren: der Flugplatz Döberitz besitzt in einer runden Summe einen Materialwert von vielleicht einer Milliarde, verkommt jedoch damit noch im Vergleich zu Adlershof. Dieses Objekt der Militärherrschaft zu entziehen und in den Dienst der gesamten Volkswirtschaft zu stellen, war die Aufgabe der Demobilisation. Es bestehen zwei eigens für die Zwecke der Demobilisation gebildete Reichsämter mit ungeheurem Apparat. Es ist ein Beweis für die Verschwendung bei den Behörden, für unseren aunehmenden Monarch an Organisationsfähigkeit, daß diese Stellen bis heute nicht einmal die Organe geschaffen haben, die zu der verhältnismäßig eng umschriebenen und gut vorbereiteten Aufgabe einer zeitgemäßen Bewertung der Flugsplätze nötig sind. Vollerends was in sozialer Hinsicht zum Vorschein gekommen ist, läuft auf eine Entwertung, auf eine Verschwendung hinaus. Das Schlimmste und im Hinblick auf die Arbeiterfrage Ausschlaggebende ist die Unentfaltung der Behörden selbst in der Bewirtschaftung ihrer eigenen finanziellen Pläne. Das Problem der Flugsplätze hat sich im Reichsamtverwertungsamt, bei — daran ist nicht zu zweifeln — ständigem intensiven Nachdenken darüber, durch viele Wochen hindurch geklärt. Soar die alte bürokratische Vorniertheit muß noch erhalten, um sich der rasenden Entwicklung der Laagesforderungen entgegenzusetzen. Es ist vorgekommen, daß der Kontrollsoldatenrat der Flieger mit einer dringenden Demobilisationsangelegenheit im Demobilisationsamt abgewiesen wurde mit der Begründung, Soldatenräte seien keine Demobilisationsorgane. Die wenigen modernen Männer von Verstand, die in den Kreisen sitzen, machen den Eindruck von liebendwürdigen Wesen, die ihre Ohnmacht fühlen und daneben höchstens eine fortschrittliche Privatmeinung kultivieren dürfen.

Man ist es indessen nicht allein der Gerechtigkeit schuldig, zu sagen, daß die Demobilisationsbehörden gerade in der Frage der Flugsplätze mit gewissen äußeren Widerständen zu kämpfen haben. Es ist vielleicht im Augenblick nicht richtig, in aller Öffentlichkeit über die Rolle zu sprechen, die das Kriegsministerium bei der Ueberführung der Flugsplätze und ihres Materials in die Volkswirtschaft und Friedenswirtschaft spielt hat und noch spielt. Dem Volke die Augen zu öffnen über das Maß von Verschwendung und — inat nicht least — Stellenlosigkeit, ist der im Kriegsministerium über Sachwerte und Arbeitskräfte gedacht und entschieden wird, deren wirtschaftliche Bedeutung sie von Rechts wegen auch der entferntesten Einflußnahme der militärischen Behörden entziehen sollte. Das Kriegsministerium, dieses verkörperte Prinzip der Uebelverteilung, muß unter allen Umständen unschädlich gemacht werden, wenn das Schicksal der Flugsplätze zu einem guten Ende gedeihen soll. Viel zur Verschwendung der Angelegenheit hat auch jener Alpdruck beigetragen, der vom Auftakt des Herrn Euler ausging. Herr Euler ist sich anscheinend noch immer nicht klar, ob die politische Konjunktur für seine privatwirtschaftlichen Pläne günstig oder ungünstig ist.

Es ist eigentlich selbstverständlich, daß von einer rationalen Auswertung eines solchen Objekts, wie die Flugsplätze es sind, nur dann die Rede sein kann, wenn es gelingt, sie möglichst in der Geschlossenheit ihres jetzigen Aufbaus in den wirtschaftlichen Organismus einzufügen. Pläne hierfür sind vorhanden, sie scheitern an der bürokratischen Engherzigkeit, die innerhalb der beteiligten Behörden noch immer den Ausschlag gibt. Wir stehen im Augenblick vor der hoffnungslosen Aussicht, daß die in ihrer gegenwärtigen Erscheinung unerschöpfbaren Werte der Flugsplätze buchstäblich artikelweise verschleudert werden. Der Staat, der nach Beschäftigung von Arbeitskräften, nach

Verbilligung und Neuaufbau des Wirtschaftslebens sammert, ist sich dank der Quertreibereien militärischer und kapitalistischer Interessen nicht im entferntesten bewußt, daß er all das in diesem Falle gedankenlos verliert. Eine gesunde und natürliche Entwicklung der Demobilisation der Flugsplätze muß letzten Endes unbedingt zur Sozialisierung der Luftfahrt führen. Aber man steht vor Mauern, wenn man den Behörden Karumachen versucht, wie sehr der Ruhestoff eines solchen Unternehmens durch wirtschafts- und innerpolitische Momente beeinflusst wird, und daß unmöglich der Markt- und Vienna-Standpunkt der augenblicklichen Rentabilität allein zu seiner Berechnung herangezogen werden kann. Interessenten und Dummköpfe haben es fertig gebracht, die sozialistische Initiative im Keime zu ersticken in demjenigen einseitigen Apat der Revolution, den der Krieg reißt für den Frieden gemacht hat. Es ist die höchste Zeit, daß der Staat einen Anlauf macht, ein abgewirtschaftetes System auch durch Laten zu widerlegen.

Es wäre nicht so weit gekommen, wie es gekommen ist, wenn man bei der Bildung des Reichsamtverwertungs- und des Demobilisationsamtes Bedacht auf die Ausspülung geistiger Personen genommen hätte. Es mimelt bei diesen Behörden von Offizieren, das Antidambre hat Triumph gezeigt. Ich bestreite es mit aller Entschiedenheit, daß dies eine Frage parteipolitischer oder nur sozialistischer Natur ist. Vor dem Krieg pfiffen es die Späher von allen Töchtern, daß die Produkte der altpreußischen Erziehung mit den Forderungen des modernen öffentlichen Lebens nicht in Einklang zu bringen seien. In den letzten 4 1/2 Jahren hat der Offizier die Güterwirtschaft zwar aus Erfahrung kennen gelernt, aber nie anders als vom Standpunkt der wirtschaftlichen Militärverwaltung, deren arenaulose Geldverwendung, Aufstellung und Umlaufstörungen, Schiebung und Menschenausbeutung soviel als möglich wieder autzumachen gerade die Aufgabe der Ueberwachungsbehörde sein muß. Mit diesen Lehrlingen des Sündenbuchsprogramms, deren Auffassung von öffentlichen Dingen sich jahrelang von den Geistesblößen nährte, die aus dem Ohnmacht des Kriegsministeriums herniederfuhren, und die hundertmal Seligenzeit hatten, mit dem Privatkapital gewisse, heute sehr unzeitgemäße Beziehungen anknüpfen, bestreitet man die Sanierung der Volkswirtschaft und der Reichsfinanzen. Dasselbe System wird noch weiterhin fortgesetzt. Die Behörden stützen sich fast ausschließlich auf rein militärische Organe. In Döberitz sind neuerdings die gesamten Demobilisations- und Verwertungsinteressen dem Kommandanten einer mobilen Fliegertruppe des Generalkommandos Rittwitz anvertraut. Garantien dafür, daß die Militärverwaltung, über deren Blüte im Krieg die Öffentlichkeit viel zu wenig unterrichtet ist, nicht eine ungenügende Aufrechterhaltung erlebt, sind nirgends vorhanden. Seit vielen Wochen wird das Reichsamtverwertungsamt bearbeitet, die Flugsplätze durch ein Reichsamtverwertungsamt zu erfassen, seit Wochen liegt ihm, kristallisiert, die Forderung vor, auf allen militärischen Flugsplätzen mit den nötigen Vollmachten ausgestattete Zivilressorts einzurichten, die nur den zivilen Behörden verantwortlich sind und den Demobilisationsbetrieb unter der Voraussetzung der Gleichberechtigung zu übernehmen mit den militärischen Kommandostellen teilen. Es bleibt alles beim alten. Nur näheren Erläuterung muß allerdings bemerkt werden, daß diese Forderungen zum großen Teil von den Soldatenräten der Flieger ausgehen.

Wenn gesagt wird, daß die Arbeiter auf den Flugsplätzen „gebildet“ werden, so ist daran so viel Wahres, daß sie es bald nur noch sein werden, wenn nicht in Kürze Leben in diesen absterbenden Apat gebracht wird. Die Arbeiter sind als Demobilisationspersonal eingestellt, und es ist trotz zahlloser Widerwärtigkeiten bis heute möglich gewesen, sie zu beschäftigen. Es ist natürlich nicht wahr, daß „auf den Flugsplätzen finstere Arbeiten anfertigt und nachher wieder zerhackt werden“. Die Aufgaben der Verwertung und Demobilisation sind erster Natur und, richtig verstanden, weder unnütz noch unproduktiv. Die Flugsplätze sind darüber hinaus dazu bestimmt, wirtschaftliche Renten zu werden. Bringt die Regierung den „Rut zum Leben“ auf, zur Sozialisierung des Luftverkehrs zu schreiten, so kann sie dankbar sein, ein geordnetes Stammpersonal vorzufinden. Die Frage, ob die an Löhnen verausgabten Millionen auch über die derzeitigen Geeswerte hinaus gut angesetzt oder zum Fenster hinausgeworfen sind, ist eine Frage der Initiative von oben. Unser Alarm kann jedoch nicht dringender genaug sein. Um so mehr, als die rechtsstehende Presse die sogenannten „Entwürfen“ über die Flugsplätze in einer Aufmachung veröffentlicht, deren volkstümlicher Charakter nicht zu verkennen ist. Man muß mit dem deutschen Nationalen Abgeordneten Mumm fragen: „Warum ist nicht schon früher gegen die maßlose Verschwendung von Reichsgeldern eingeschritten worden?“

Aussichten unserer Ernährung.

Durch B. L. B. wird folgender Bericht verbreitet:

In Anwesenheit des Reichsernährungsministers Schmidt trafen heute unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Bernuth die Vorstände des Deutschen und des Preussischen Städtetages zu einer Besprechung über Ernährungsfragen im Berliner Rathaus zusammen. Anwesend waren u. a. die Oberbürgermeister von Gassel, Charlottenburg, Dresden, Essen, Frankfurt a. M., Gotha, Leipzig, Mennel, Paderborn und Sietlin. Eingehend erörtert wurden die Aussichten für die Zukunft der ausländischen Lebensmittel. Trotz des hohen Preisstandes der Einfuhrwaren soll der Preis für Mehl möglichst unverändert bleiben. Um das zu ermöglichen, wird es nötig zu umgehen sein, das Roggenmehl zu erhöhtem Preise abzugeben. Dabei ist jedoch auf Wunsch des Städtetages in Erwägung genommen, den Verbrauchern auf Zusatzarten tunlichst wohlweislich ausländisches (weisses) Mehl oder inländisches Roggenmehl bereitzustellen. Beim Einkauf auf den fremden Märkten und bei der Einfuhr soll der freie Handel weitestgehend eingeschaltet werden, doch sollen alle Einfuhrwaren, die in Deutschland der Verteilungsregelung unterliegen, restlos in die öffentliche Bewirtschaftung einbezogen werden. Im übrigen ergoß sich zwischen dem Reichsminister und den Vorständen beider Städtetage volle Uebereinstimmung darüber, daß für die Zeit des Mangels bei allen Hauptnahrungsmitteln namentlich bei Getreide, Rohmehl, Kartoffeln, Fett und Fleisch an der öffentlichen Bewirtschaftung zu

bedingt festgehalten werden muß, die unsere Versorgung nach wie vor überwiegend auf die Inlandsproduktion angewiesen ist.

Diese Regelung kann in keiner Weise befriedigen. Obwohl das Reichsernährungsamt zugeben hat, daß die hohen Preise der ausländischen Lebensmittel es für die minderbemittelten Bevölkerung unmöglich machen, sie kaufen, ist immer noch keine Rede davon, daß die Mehrheit der Auslandsbevölkerung vom Reich getragen werden soll. Der als Ausweg befundene Vorschlag des Städtetages, den Verbrauchern entweder ausländisches Weizenmehl oder inländisches Roggenmehl zu liefern, ist ebenfalls eine schwere Benachteiligung der minderbemittelten Bevölkerung. Weizenmehl ist von ungleich höherem Nährwert als Roggenmehl. Da sein Preis aber sehr hoch sein wird, wird die Folge sein, daß das gute ausländische Mehl nur von wohlhabenden Schichten der Bevölkerung gekauft werden kann, während die Masse des Volkes nach wie vor auf den Kauf des schlechten inländischen Roggenmehls angewiesen ist. Die Folgen dieser falschen Maßnahme werden ebenso verhängnisvoll sein, wie die Freigabe der Uebervirtschaftung, die ja jetzt selbst in den Kreisen der Reichssozialisten als völlig ungewöhnliche Maßnahme anerkannt wird.

„Die vollendete Demokratie“.

Gegen Mitglieder der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) wird formularmäßig der folgende Schlußbefehl vom Oberkommando Roske erlassen: Oberkommando Roske Berlin W, den 28. März 1918.

Schl. Befehl.

Gegen den deutschen Staatsangehörigen E wird gemäß § 1 des Gesetzes vom 4. Dezember 1916 — R. G. Bl. S. 1839 ff. — auf Grund des Verögerungszustandes zur Anwendung einer Gefahr für die Sicherheit des Reichs die politische Sicherheitshaft verhängt.

Der E gibt zu, Mitglied der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) zu sein, von der seit einer Zeit in einer die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit gefährdenden Weise zum gewalttätigen Sturz der gegenwärtigen Regierung aufgerufen wird. Infolge dieser Verörungen ist zu Gewalttaten gegen die Regierungstruppen und dadurch erheblichem Blutvergießen, ferner auch zu Raub und Uebervorteilungen gekommen. Ob E selbst eine heftige Tätigkeit in dem genannten Art entfaltet hat, kann dahingestellt bleiben. E erkennt es gleichgültig, aus welchem Grunde er der Kommunistischen Partei beigetreten ist. Denn im Hinblick auf gegenwärtige Verhältnisse besteht gegen sämtliche Mitglieder jener Partei der dringende Verdacht, daß sie sich an den politischen Verörungen beteiligen haben oder noch beteiligen werden, so daß es erforderlich erscheint, den E in Haft zu nehmen, um die Gefahr, die durch ihn der Sicherheit des Reichs droht, zu beseitigen.

Der Oberbefehlshaber.

Im Auftrage

gez. von Colmann.

Die Richtigkeit der Abschrift beglaubigt:

gez. Sobl.

Kriegsgerichtsrat.

Ob Colmann ist derselbe General, der als Kommandant der Garde-Schützen-Division im Edenhofel als die Ermordung der dort eingeleiteten Genossen Knecht und Rosa Luxemburg vorbereitet wurde, und der Dank für seine erfolgreiche Tätigkeit von Roske zum Spektel ernannt worden ist.

Wir sind also wieder soweit. In der „sozialistischen Republik des Herrn Roske, im fünften Monat der Revolution, bestimmt die Militärverwaltung über die persönliche Freiheit; aber nicht die Kapitalisten, sondern die Arbeiter der sozialistischen Opposition werden in „Schußhaft“ genommen. Der Kampf gegen die gegenwärtige Regierung ist eine Gefahr für die Sicherheit des Reichs. Der Herr Roske, Herr Roske, Herr Roske, der dadurch, daß die sozialistischen Arbeiter „in einer die öffentliche Ordnung und Sicherheit gefährdenden Weise zum gewalttätigen Sturz der Regierung aufgerufen“, emporgelassen und zur Macht gekommen, läßt die Arbeiter durch seine Rüttelmischt ins Gefängnis sperren, weil sie nicht das der Revolution darin erblicken können, statt durch v. Roske auf Befehl Rudendorfs durch v. Rüttelmischt auf Befehl Roske brutal niedergebissen zu werden. Aber soweit sind Rudendorff und v. Roske nie gegangen wie Roske und v. Rüttelmischt. Sie haben nie die Partei der revolutionären sozialistischen Arbeiter als solche und ihre Mitglieder als solche für vogelfrei erklärt, „gleichgültig, ob sie selbst eine heftige Tätigkeit der gedachten Art entfaltet“. Und doch handelten im Krieg und waren die Instrumente des Mörders und Bourgeoisie. Roske und seine Militärs arbeiten nach der Einigung des Krieges, nach der Revolution, nach der politischen Eroberung der politischen Macht durch die sozialistischen Arbeiter und dem angeblichen Zusammenbruch der Militärverwaltung, als angebliche Instrumente der Arbeiter gegen die Bourgeoisie. Der wahre Stand der Dinge kann nicht dahingehen, in die Erscheinung treten, als durch diese Schußhaftbestimmungen der Anruf des Rates der Volksbeauftragten an die deutsche Volk: „Der Verlagerungszustand wird aufgehoben. Das Vereinsrecht unterliegt keiner Beschränkung. Die Unerschöpfbarkeit in Wort und Schrift ist frei.“ Jetzt ist es: Der Verlagerungszustand, ja der vor der Revolution schon aufgekommene „verschärfte“ Verlagerungszustand, wird verhängt zum Schutz der Regierung Ober-Scheidemann-Landsberg-Roske, die kommunistische Partei, eine Arbeiterpartei, angeblich unter dem Vereinsrecht organisiert mit dem Recht der freien Meinungsäußerung wie jede andere Partei steht außerhalb des Rechts, ihre Mitglieder — es sind nur Arbeiter, die die Revolution gemacht — sind vogelfrei sind ins Gefängnis zu werfen. Vor der Revolution brachte die kaiserliche Regierung einen Gesetzentwurf, die Härten des Schußhaftgesetzes mildern und den Verlagerungszustand, die „sozialistische“ Regierung illustriert ihre Demokratie, „mit der sie steht und fällt“, indem sie diese Maßnahmen zum Schußhaftgesetz in der Verlesung hat verabschiedet und den „verschärfte“ Verlagerungszustand, die reaktionärste Waffe aus der Zeit der reaktionärsten preussischen Junkerberrschaft, in verächtlicher Weise proklamiert.

Auf Grund der vollziehenden Gewalt des Verlagerungszustandes werden auch die „Polen“ und andere Ausländer massenhaft wieder einsperrt. Die Militärs machen so

unständliche Politik im Kleinen. Die Gefängnisse sind überfüllt. Und die Revolution — sie lebt, sie lebt und reißt sich kräftiger wie je, trotz Herrn Roske.

Die Ereignisse in Bayern.

Was sich jetzt in Bayern vollzieht, das ist die Fortsetzung einer politischen Entwicklung, die mit der Ermordung Kurt Eisners begonnen hat. Es wurde ein sozialistisches Kabinett gebildet, daneben sollte der Landtag seine Tätigkeiten wieder beginnen. Wochenlang waren sich die Verhandlungen über die nächsten Ziele der bayerischen Politik hinsichtlich einigte man sich dahin, daß mit der vollständigen Sozialisierung Bayerns Ernst gemacht werden sollte. In diesem Rueden wurde der Leiter des Deutschen Wirtschaftsmuseums in Weibau, Dr. Reuter, der sich besonders eifrig mit Sozialisierungsplänen befaßt hat, nach München berufen. Als die Bourgeoisie merkte, daß es nicht bloß bei der Ankündigung bleiben, sondern anders als im Reich, die wirkliche Sozialisierung durchzuführen werden sollte, versuchte sie das Land dagegen aufzuklären. Das zeigte dem Proletariat den Ernst der Lage.

Von besonderer Bedeutung für die Stimmung der bayerischen Arbeiterklasse wurden die Ereignisse in Ungarn. Die dort ausgesprochene Räterepublik wurde in Bayern freudig begrüßt, eifrig wurde für die Nachahmung dieses Beispiels und der Anschluß an Rußland und Ungarn Propaganda gemacht. Die Rückentwicklung der politischen Verhältnisse in Deutschland, die Neubildung des preußisch-deutschen Militarismus, die Gewalttaten der Reichsregierung, alles das trug dazu bei, um die Massen zu radikalisieren und den Wunsch immer lebhafter zu machen, endgültig mit den bisherigen Klassenfeindlichen Verhältnissen in Bayern aufzuräumen und das System der Räte nicht bloß in der Verfassung zu verankern, sondern die Räte zum alleinbestimmenden Faktor der bayerischen Republik zu machen.

Besonders bemerkenswert ist, daß die Rechtssozialisten, wenigstens soweit die Massen und nicht die Mehrzahl ihrer Führer in Betracht kommen, es an Entschiedenheit in der Forderung nach einer gründlichen politischen Umwälzung nicht fehlen lassen. Dadurch sind die Vorbedingungen dafür geschaffen worden, daß man an eine Vereinigung der drei sozialistischen Parteien nicht nur theoretisch zu denken braucht, sondern daß die Einheit des bayerischen Proletariats auf revolutionärer, sozialistischer Grundlage vielleicht schon in den nächsten Tagen eine vollendete Tatsache sein wird.

Vor der Ausrufung der Räterepublik.

München, 5. April.

Veranlaßt durch die politischen Ereignisse hat der Zentralrat die sämtlichen Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenvereine, die Betriebsräte und die Delegierten aller Verbände für heute vormittag zu einer Besprechung der politischen Lage zusammenzurufen. Nachdem der Vorsitzende des Münchener Arbeiterrates Wimmer die Versammlung mit einer kurzen Ansprache begrüßt hatte, in der er unter dem Beifall der Versammlung sagte, daß es nunmehr im Proletariat seinen Unterschied mehr geben dürfe, nahm der Soldatenrat Klingelhöfer zu längerer Rede das Wort, um über die allgemeine politische Lage zu sprechen. Schärfer als man noch vorgehen gedacht habe, so führte er einleitend an, sei für das Proletariat aller Länder die Stunde gekommen, heute sei der Zeitpunkt, wo der Sozialismus und der Kommunismus liegen. Der Kommunismus sei das Ziel und die politische Form des zukünftigen Lebens. Weiter gab der Redner einen Rückblick über die letzten vergangenen Ereignisse, wobei er sich mit Schärfe gegen die nordbayerischen Absonderungsbestrebungen wandte. In München seien vorerstern Versuche gemacht worden, ein Koalitionskabinett mit dem Zentrum und den bürgerlichen Parteien zu bilden. Ganz in Hand sei damit die Einberufung des Landtages gegangen. Der Zentralrat habe dagegen Stellung genommen und durchgesetzt, daß beide Absichten vereitelt wurden. Gestern sei auf Grund der aus dem ganzen Lande einlaufenden Nachrichten der Entschluß gefaßt worden, die Räterepublik sofort anzukündigen. Die Räterepublik werde proklamiert. (Anhaltende stürmische Beifall.) Anlaßlich der Erklärung der Räterepublik werde im ganzen Lande ein Demonstrationstreif durchgeführt werden. Weitere Ausführungen widmete der Redner dem Problem der Sozialisierung unter der Räterepublik, wobei er unter anderem erklärte, daß eine Gruppensozialisierung, eine Ueberführung der Betriebe in das Eigentum der in den Betrieben tätigen Arbeiter oder Angestellten unmöglich sei, weil dies den Prinzipien des Sozialismus und Kommunismus widerspreche. Auf das Beispiel von Ungarn verweisend, erinnerte der Redner schon an die ungeheure Bedeutung der bevorstehenden Ereignisse in München für Deutschland und den ganzen Kontinent, die für das Proletariat eine neue Epoche seiner Geschichte eröffnen.

Wenn die Entente, so schloß Klingelhöfer seine Rede mit hartem und anhaltendem Beifall aufzunehmender Rede, wenn das Proletariat der ganzen Welt von München und von Deutschland aus das Zeichen zur Ausrufung einer neuen Weltzeit erhält, dann ist kein Gatten mehr, dann aber wird es auch für und gleichgültig sein, was der Krieg in seinen Folgen für und noch bedeuten könnte. Wir werden dazu gelangen, daß die gesamte Menschheit reinig und daß es keine Feindschaft mehr geben wird, daß wir aber auch in Deutschland, in Bayern dazu gelangen, die Grundlage für einen Wiederaufbau zu schaffen und reinen Tisch nach allen Seiten hin zu machen, die bisher unsere ernstlichen und niederträchtigsten Feinde waren.

In der sich anschließenden Aussprache macht der Führer der bayerischen Kommunisten, Dr. Zewen, seine lebhaften Bedenken geltend gegen den Plan der Ausrufung einer Räterepublik unter den obwaltenden Umständen. Am Schluß der Aussprache verlangte er klärende Erklärungen. Es wurde dann erklärt, daß die Ortsgruppe München der A. S. P. D. diese Räterepublik als eine Staatsform ansehe, die über die Köpfe der Massen hinweg von einer Körperlichkeit gebildet werde, deren Mitglieder das Vertrauen der Massen bisher nicht gewonnen haben. Gönge eine Räterepublik, die sich radikal auf den Boden des Kommunismus stelle, d. h. die ihr Recht zur Diktatur auf dem Willen der gewaltigen Mehrheit des Klassenbewußten Proletariats stütze und die sich auf die Räteorganisation in den Betrieben stütze, könne anerkannt werden. Des weiteren sprach der glückliche Vorsitzende des Gewerkschaftsbundes, Schaefer, der mit Wärme für eine Einigung der Massen eintrat. Er und seine Freunde seien bereit zu dieser Einigung, die den Wiederaufbau des Landes zum weitesten nach links. Auch sie seien entschlossen, mit dem Proletariat zu leben und zu sterben.

Schließlich machte noch Delegierter Wolf für die Staatsbeamten unter Beifall der Versammlung Mitteilung von einem im Einvernehmen mit dem Zentralrat von der bayerischen Beamtenverwaltung an alle K., S. und S.-Räte sowie alle bayerischen Beamten heute hinausgegebenen Telegramm, in dem u. a. Staats- und Gemeindebeamte aufgefordert werden, weiterhin ihre Pflicht zu erfüllen, daß dann aber auch die K., S. und S.-Räte ihren Schutz übernehmen. Die Regierungsgewalt blante nur Beamte ausüben, die sich vorbehaltlos auf den Boden der neuen Verhältnisse stellen. Zum Schluß drückte der Vorsitzende des Münchener Arbeiterrates Wimmer die Hoffnung aus, daß Verhandlungen der kommunistischen Partei mit dem Zentralrat nach jeder Richtung Arbeit schaffen, um so eine völlige Entscheidung herbeizuführen. Der dann vom Soldatenrat Klingelhöfer ausgebrachte Beschuß auf die kommunistische Räterepublik fand begeisterte Zustimmung.

Aufforderung zum Rücktritt der kompromittierten Führer.

München, 5. April.

In der gestrigen Sitzung des K. und S.-Rates wurde der Gedanke der nach München entsandenen Kommission entgegengenommen, der besagt, daß der Zentralrat sich hinter die Entschiedenheit der revolutionären Arbeiterschaft Augsburgs gestellt habe und die Ausrufung der Räterepublik nur mehr eine Frage kurzer Zeit sei. In der Versammlung wurde einem Antrag zugestimmt, sei es als Offiziere- und bürgerliche Wohngruppen nach Waffen zu durchsuchen. Weiter wurde der Rücktritt aller kompromittierten Führer und aller Männer verlangt, die die Revolution durch Kompromisse mit der Bourgeoisie verraten hätten.

Eine Tagung der Rechtssozialisten.

München, 5. April.

Heute vormittag trat der außerordentliche Saaltag der mehrheitlichsozialdemokratischen Partei Sakhayerns zusammen. Die „Münchener Post“ betont, daß die Ereignisse, die sich inzwischen vorbereitet, die Bedeutung dieser Tagung erhöhen. Der Saaltag sei berufen, das Rütteln zu schaffen, um das Proletariat in eine gewisse Geslossenheit zu bringen.

Vorbereitung der Delegierten der A. S. P. D. zum 2. Rätekongreß!

Die Delegierten zum 2. Rätekongreß, die Mitglieder der A. S. P. D. sind, werden gebeten, so zeitig in Berlin einzutreffen, daß sie an einer Vorbereitungsversammlung teilnehmen können, die

Montag, den 7. April, vormittags 10 Uhr,

im Sitzungszimmer des Volksrates, in den Festen 23 (in der Mitte zwischen Reichstag und Lehrter Bahnhof, am Tiergarten), stattfindet.

Das Zentralkomitee der A. S. P. D.

Die Neuordnung in Ungarn.

Budapest, 5. April.

Eine Regierungsverordnung verkündet: Die Bergwerksarbeiter dürfen ihre Arbeitsstellen nicht verlassen und dürfen nicht in die Rote Armee eintreten. Urlaub darf den Bergwerkarbeitern nur zur Verrichtung von landwirtschaftlichen Arbeiten oder in besonders zu befristenden Fällen durch den den Betrieb kontrollierenden Arbeiterrat bzw. durch den Produktionskommissar erteilt werden. Zuwohlerhandeln werden vor das revolutionäre Tribunal gestellt.

Budapest, 5. April. Das ungarische Nachrichtenbüro erfährt aus verlässlicher Quelle, daß in Panköcsen unter den serbischen Soldaten die Revolution ausgebrochen sei. In der Stadt wurden Plakate angehängt, welche die serbische Republik proklamieren. Die Plakate schließen mit den Worten: „Tod den Karageorgiewitsch!“

Borots Ujlag meldet: General Smuts ist mit Sonderzug heute früh in Budapest eingetroffen und bereits im Laufe des Vormittags mit der Regierung in Verbindung getreten.

Vorbereitung der Sozialisierung in Oesterreich.

Wien, 5. April.

Der Präsident der Sozialisierungskommission Bauer berichtet über den Stand der Arbeiten dieser Kommission und kündigte an, die Regierung werde der Nationalversammlung bei ihrem Wiederzusammentritt nach Oftern drei Vorlagen unterbreiten, welche für die Industrie und Produktionszweige, die vollständig zu sozialisieren sind, das Enteignungsrecht regeln, und die gemeinwohlförderlichen Organisationen schaffen, welchen die Leitung und Verwaltung der enteigneten und zu sozialisierenden Betriebe übertragen werden sollen, sowie das Enteignungsrecht der Gemeinden regeln. Bezüglich der Industriebetriebe, in denen private Unternehmer unter gesellschaftliche Kontrolle gestellt werden sollen, sei ein Gesetzentwurf betreffend die Organisierung der Industrie in Vorbereitung. Für die gesamte Volkswirtschaft werde ein Gesetz über Betriebsräte geschaffen werden, das der Arbeiterschaft und den Angehörigen der Betriebe eine Mitwirkung an deren Verwaltung verbürgt. Der Gesetzentwurf über die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft sei fertig.

Der Bericht der Sozialisierungskommission zeigt, daß unsere Genossen in der österreichischen Regierung wichtige Arbeit geleistet haben und energisch daran gehen, die kapitalistische Wirtschaft in die sozialistische Gemeinwirtschaft überzuführen. Wie jämmerlich erkeint demgegenüber die Rolle der Scheidemannier in der Regierung, die sich feige vor dem Widerstande der Bourgeoisie ducken und die Vorbereitung einer planmäßigen Sozialisierung sabotieren.

Angst vor russischen Kriegsgefangenen.

Wie amtlich bekannt gemacht wird, soll es vorgekommen sein, daß sich auf Urlaub befindliche russische Kriegsgefangene Waffen gekauft haben. Es wird nun nachdrücklich darauf hingewiesen, daß es allen Kriegsgefangenen verboten ist, in Deutschland Waffen zu kaufen. Alle beteiligten Stellen sind angewiesen worden, über die vom Urlaub zurückkehrenden Kriegsgefangenen eine genaue Kontrolle in bezug auf das Vorhandensein von Waffen auszuüben. Wir müssen gestehen, daß die Angst der Regierung vor den russischen Kriegsgefangenen einen wahrhaft lächerlichen Eindruck macht. Die Folge wird natürlich sein, daß gegen die

russischen Kriegsgefangenen eine Pogromstimmung entzündet und ihnen das Leben nur noch saurer gemacht wird, als es schon ohnehin ist.

Eine Latarennachricht.

Seit einigen Tagen wird in der bürgerlichen Presse die Nachricht verbreitet, Genosse Rautsky bemühe sich um die Annäherung zwischen der Reichsregierung und der Moskauer Sowjetregierung. In der gestrigen Abendausgabe des „Lokal-Anzeigers“ wird sogar behauptet, auf der Pariser Konferenz seien positive Mitteilungen eingelaufen, wonach Rautsky und Scheidemann und das bolschewistische Kabinett in Moskau verjüngt, ein formelles Bündnis zwischen Deutschland und Rußland zustande zu bringen. Demgegenüber können wir erklären, daß an dieser Nachricht, soweit sie den Genossen Rautsky betrifft, kein Wort wahr ist.

Verankerung des Räteystems in Ruß.

Gera, 5. April. Der gemeinsame Landtag für den Volksstaat Ruß beschloß eine Verankerung des Räteystems in der Weise, daß ein Landesarbeiterrat in der Verfassung festgelegt wird. Die demokratische Partei gab ihre Zustimmung nur unter der Voraussetzung, daß die Verfassung eine vorläufige sei, und in der Erwartung, daß im Interesse der Gerechtigkeit und Gleichheit auch der zu wählende Landesbürgerrat mit in der Verfassung verankert werde.

Die Entwaffnung der Augustauer.

Verlogene Berichterstattung.

Von Angehörigen des Augustauer-Regiments wird und geschrieben:

Die vom Wolff-Bureau verbreitete Nachricht, das Augustauer-Regiment sei deshalb entwaffnet worden, weil seine Angehörigen Waffen und Ausrüstungsgegenstände verkauft hätten, entspricht nicht der Wahrheit. Das Augustauer-Regiment hat bisher treu zur Regierung gestanden und in den kritischen Märztagen sogar das Polizeipräsidium gegen die Kuffständer verteidigt. Dafür ist es von der Kommandantur besonders belohnt worden. Die Augustauer besaßen aber den Mut, die ihm von Ebenhötel aufgedrängten Offiziere abzulehnen, weil sie auf das Recht, sich ihre Offiziere selbst zu wählen, nicht verzichten wollten. Wir bedauern auf das tiefste, solange hinter einer Regierung gestanden zu haben, die uns heute mit dem schändlichsten Unfug belohnt, weil wir noch etwas von dem revolutionären Geist des 9. November in uns tragen und nicht den ersten besten Offizier als unseren Vorgesetzten anerkennen wollen.

Solange die Regierungstruppen die Kasernen nicht besetzt hatten, waren die Kameradschaften und die Kameradschaften in voller Ordnung. Sogar die Offiziere des Detachements Rünkel sprachen ihre Bewunderung über die musterhafte Ordnung aus. Die Plünderungen der Besatzungskammern begannen erst mit dem Einzug der Regierungstruppen. Diese erbrachen in der Nacht vom 3. zum 4. April den Quartierraum der 4. Kompanie und entwendeten von den vorhandenen Beständen etwa 180 Wolldecken, 80 blaue Deckenbezüge, 60 Kopfbezüge, 60 Bettlaken, 5 feine Bettlaken, acht weiße Bettbezüge, 8 weiße Kopfbezüge, 150 gewöhnliche Handtücher, 8 feine Handtücher.

Eine Meldung über diesen Diebstahl ist sofort an die Garnisonverwaltung abgegangen. Auch in der Kammer der 7. Kompanie sind Plünderungen vorgekommen. Die Herren, die hier eine Bestandsaufnahme vornehmen wollten, ließen Ordnen in ihren Aktentaschen verschwinden. Die übrigen Leute bemühten das als Anlaß, die gesamten Bestände an neuen Kleidungsstücken fortzuschleppen. Diese Vorgänge können durch Zeugnisaussagen beendet werden. Die Wäschekammer der Genesenden-Kompanie wurde gleichfalls ausgeplündert, freigelegene Wäschestücke sind entwendet worden, die Wäschekasse wurde ausgeraubt.

Wir haben gleich nach der Erklärung der Augustauer-Kaserne den offiziellen Bericht angefordert. Jetzt stellt sich also heraus, daß das Vergehen der Regierungstruppen gegen die Augustauer lediglich deshalb durchgeführt wurde, weil sich dieser Truppenteil dem Militarismus des Ebenhötel nicht unterordnen wollte. Der Bericht des Wolff-Bureau über die Diebstähle an Heeresgut, die von Augustauern verübt worden sein sollen, war erlogen. Wenn in der Kaserne gestohlen worden ist, so einzig und allein von den Regierungstruppen. Wir ersuchen den Gouverneur von Berlin, die Vorgänge sofort zu untersuchen, die wirklichen Schuldigen der Offentlichkeit bekannt zu geben und sie der Bestrafung zuzuführen.

Von der Nationalversammlung.

Die Nationalversammlung tritt am Mittwoch, den 9. April, nachmittags 3 Uhr, wieder zu einer Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Reichshaushaltsgesetzes.

Der Verfassungsausschuß der Nationalversammlung hat mit großer Mehrheit eine Wahlperiode von drei Jahren beschlossen, ferner einen Antrag angenommen, daß vor Ablauf der Wahlbaur-Neuwahlen stattfinden möchten.

Auflösung des Arbeiterrats in Halle a. S.

Halle, 5. April.

Der große Arbeiterrat in Halle wurde gestern durch die Unabhängigen gesprengt und durch ein Schreiben des Merseburger Bezirksarbeiterrats für aufgelöst erklärt, da die gemeinsame Wahl bei der Arbeiterratswahl nicht gewahrt worden sei. Die Mehrheit des Arbeiterrats hat gegen dieses Verfahren die Entscheidung des Zentralrats in Berlin angerufen.

Keine Erhöhung der Kohlenpreise.

Amlich wird mitgeteilt: Der Reichswirtschaftsminister hat Höchstpreise für Kohlen festgesetzt, um die vom Rheinisch-Westfälischen Kohlenlandrat beschlossene Kohlenpreiserhöhung unmöglich zu machen. Die festgesetzten Höchstpreise entsprechen den am 31. März 1910 in Geltung gewesenen Verkaufspreisen des Syndikats und gelten vom 1. April ab. Die endgültige Verordnung wird in den nächsten Tagen erscheinen.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Meißner, Neudamm. — Verlagsverlagsgesellschaft „Freiheit“, a. S. m. b. H., Berlin. — Druck der Lindendruckerei und Verlagsverlagsgesellschaft m. b. H., Schillergasse 12.

Heute Frauentag!

Der Kampf um Freiheit.

Vor dem Kriege — wer erinnert sich noch der Zeiten — konnten die deutschen Frauen ein paar mal den internationalen Frauentag festlich begehen. In froher Begeisterung forderten sie ihr Recht; der Frauentag wurde eine große Demonstration für das politische Frauenwohlrecht.

Im Kriege blieb es still in Deutschland. Alle Frauenpropaganda, die sich nicht in den Dienst des Krieges stellte, galt als besonders gefährlich. Vielleicht mit Recht, denn die Frauen in ihrer Masse hätten eine Macht bedeuten können, auch ohne das Wahlrecht, wenn sie gemeinsam in Massen ihre Stimme für den Frieden erhoben hätten. Wir waren weit davon entfernt. Die Frauen der Bourgeoisie, die nicht durch besonders schweres Geschick zu Kämpferinnen für den Frieden wurden, waren ebenso entschlossen, auf Kosten des arbeitenden Volkes „durchzuhalten“ wie die Männer ihrer Schicht. Selbst die organisierte bürgerliche Frauenbewegung empfand es als eine Schmach, daß einzelne von ihnen, deren Friedenswille lebendig geblieben war, zum Haag gingen, um dort mit bürgerlichen Frauen der Neutralen und der Entente zu beraten, wie jeder von ihnen am besten der schnellen Herbeiführung des Friedens dienen könne. Man tat diese Frauen in Acht und Bann. Und doch fürchtete die Regierung die Frauenpropaganda, sie fürchtete vor allem die Proletarierinnen. Zuerst verbot sie die Frauentagsdemonstrationen, dann jede andere Frauenversammlung, und während man im Jahre 1915 noch von den Reden und Beschlüssen der Genossinnen anderer Länder berichten konnte, wurde späterhin auch das untersagt. Man sollte glauben, es existierten irgendwo Frauen, die aus voller Ueberzeugung für eine zeitige Beendigung des Krieges arbeiteten.

Diese Jahre, die wie ein Nebel auf uns gelagert haben, sind vorbei. Wir können wieder arbeiten für unsere Ziele, für die Ziele der Menschheit, und heute hat unsere Arbeit einen größeren Wert als vor dem Kriege.

Wir sind aus dem Stadium der reinen Kritik heraus, wir sind ein politischer Machtfaktor geworden und haben unser Teil Verantwortung für die Zukunft unseres Volkes mitzutragen. Diese Lasten verleiht unserem Frauentag, den wir jetzt begehen, eine besondere Bedeutung. Die Bürgerinnen Deutschlands haben gewöhnt; aber es wäre traurig, wenn sie glauben wollten, damit hätten sie ihrer Pflicht der Klugheit gegenüber genügt. Es gibt schwerere Aufgaben als das Wählen, und sie können nicht ohne die Mitwirkung der Frauen gelöst werden. Auf ihrem eigenen Gebiet, in der Fürsorge für die Kinder, für Kranke und Schwache, in der Arbeit für die Erleichterung der Lasten, die besonders auf der berufstätigen Mutter liegen; in dem Wirken für eine vollkommene Umwandlung im Wohnwesen ist soviel Frauenhilfe nötig, daß niemand sich diesen Aufgaben entziehen darf, der befähigt ist, mitzuwirken.

Wir haben in einem Groß-Berliner Kommunalverordnungen sozialdemokratische Mehrheiten. Sie können gewiß nicht alles durchführen, was sie für gut und notwendig halten, weil der kommunalen Arbeit durch den Staat noch manche Grenzen gezogen sind. Trotzdem ist ein Betätigungsfeld vorhanden, und es wäre wünschenswert, wenn unsere Parteigenossinnen vor allem sich recht lebhaft mit den Fragen der städtischen Verwaltung beschäftigten und unsere Vertreterinnen und Vertreterinnen Vorschläge für Reformen auf allen Gebieten machten. — Das Leben der Familien ist so eng mit der Stadt und ihrer Verwaltung verknüpft. Wenn eine Kommune schlecht arbeitet, so macht sich das überall fühlbar, und am stärksten wirken solche Mängel zurück auf das Proletariat. Die Kinderbemittelten leiden am meisten unter dem Wohnmangel. Sie spüren am empfindlichsten eine fehlerhafte Steuerpolitik, eine mangelhafte Fürsorge-Mittigkeit. Was liegt da näher, als daß sie sich energisch um die Zustände ihres Gemeinwesens kümmern!

Unser Frauentag soll mit dazu dienen, die Parteigenossinnen und alle die anderen Frauen, die uns vielleicht nahe stehen, wenn sie auch noch nicht mit uns organisiert sind, auf diese so naheliegenden Pflichten hinzuweisen.

Dabei sollen sie aber nicht in kommunaler Arbeit ganz aufgehen. Immer müssen sie sich vor Augen halten, daß das Proletariat sein Ziel noch nicht erreicht hat, und daß es noch harte Kämpfe um die Durchsetzung des Sozialismus ausfechten muß. — Auch dieses Ringen erfordert unser tätiges Mitwirken. Die Zukunft der arbeitenden Massen berührt uns Frauen auf das allerstärkste.

Gerade weil wir dem Volk die Möglichkeit friedlicher Entwicklung sichern wollen, müssen wir es im Kampfe gegen ein System unterstützen, das weder sozialistisch noch demokratisch ist, das die Demokratie nur vorkiebt, um die Unfähigkeit seiner Leiter zu verhehlen. Solange wir diese Regierung haben, werden wir aus den Unruhen, aus Blutvergießen und unerhörten Leiden nicht herauskommen. Die Massen glauben am 9. November, den Militarismus überwunden zu haben. Seine Macht wäre für alle Zeiten gebrochen gewesen, wenn nicht Männer, die sich Sozialdemokraten nennen und doch vom Sozialismus unendlich weit entfernt sind, das Militär aus neue herangezogen und gestärkt hätten. Fort ist es wieder in seiner alten Macht. Wir fühlen schon den Druck, der uns aus den Kriegsjahren noch so gut bekannt ist.

Läglich, läudlich sind wir alle von der Militärherrschaft bedrückt. Aber nur solange, als die heutige Regierung am Ruder ist. Stürzt sie, so ist es auch mit dem Militarismus am Ende, es sei denn, daß eben das Militär den Sturz der Regierung herbeiführt, um sich an ihre Stelle zu setzen.

Das aber kann die Arbeiterkraft nicht dulden. Das hätte Deutschland in ein hundertmal schlimmeres Elend geführt, als das, in dem es der Krieg schon gebracht hat. Wer ist das Deutschland, das dann leiden wird? Das ist der alte, Männer, Frauen und Kinder des arbeitenden Volkes. Und wenn wir auch nicht aufpassen, so wird das Verhängnis

über euch kommen und euch alle treffen, nicht nur die unabhängige Opposition, sondern alle, ganz gleich, ob ihr bei uns seid, oder ob ihr im Lager der Mehrheitssozialisten steht, oder ob ihr euch überhaupt nicht um die Politik und die Parteien bekümmert.

Nur der Aufstand des Proletariats gegen den aufstrebenden Militarismus, gegen den sich allenfalls wieder regenden Kapitalismus, gegen die Reiterer, die die Feinde des Proletariats groß werden läßt und teilweise direkt unterstützt, kann das Unheil abwenden. Nicht einmalig genug kann das den arbeitenden Massen immer und immer wieder gesamt werden.

Sie hat die wichtigste Gegenwartsaufgabe für die Frau. Sie muß sich klar darüber sein, was sie und ihre Familie erwartet, wenn sie sich nicht zur Wehr rüftet. Daß sie das erkennt, so muß sie hinausgehen, die Schläferinnen wecken, ihr Gewissen klären, sie aufrufen zum Kampf gegen die Unterdrückung, von dem sie auch kommen muß.

Die Revolution hat den Frauen das politische Wahlrecht gebracht. Nun müssen sie der Revolution die Gegenleistung bringen. Der Frauentag werde ein Signal zum Kampf gegen den Geist der Unfreiheit und Unterdrückung.

Vollversammlung der Arbeiterräte.

Gegenüber den starken Tendenzen besonders in rechtssozialistischen Kreisen, die bisher die kommunalen Arbeiterräte zu beseitigen trachteten, hat die gestrige Vollversammlung der Arbeiterräte sich mit überwältigender Mehrheit für ihre Beibehaltung ausgesprochen. In diesem Zweck wurde der Vollzugsrat durch Einwahl von sechs Mitgliedern ergänzt, die nun in Gemeinschaft mit dem Vollzugsrat die Kontrolle des kommunalen Lebens von Groß-Berlin ausüben sollen.

Für den Wandel in den Aufstellungen über die Aufgaben der kommunalen Arbeiterräte ist bemerkenswert, daß jetzt selbst ein großer Teil der Rechtssozialisten für die Beibehaltung der kommunalen Arbeiterräte eintritt. Denn auch in diesen Kreisen hat die Macht der Tatlosen die Erkenntnis gefördert, daß erst durch die Mitwirkung und die Kontrolle der Arbeiterräte in den Kommunen wahre Demokratie und wahrer Sozialismus herbeigeführt werden können. So ist denn der Beschluß, der sich für die Beibehaltung der kommunalen Arbeiterräte ausspricht, ein Bekenntnis zur Beibehaltung auch politischer Ergebnisse an die Arbeiterräte.

Stürmischer Protest rief in der Versammlung die Bekanntgabe der Tatsache hervor, daß auf Anweisung des Goernke alle Mitglieder der kommunistischen Partei und auch unabhängige Arbeiterräte verhaftet werden sollen. Aber auch das wird die Kraft der Arbeiterräte nicht brechen können, für die die gestrige Versammlung, die sich auch gegen die Bildung von Einwohnervorständen aussprach, bereits Bannstrich abgelegt hat.

Gestern waren in den Sälen des Konzerthauses die Arbeiterräte und kommunalen Arbeiterräte in großer Zahl zusammengetreten, um Stellung zu nehmen zu den Fragen des Weiterbestehens und der Aufgaben der kommunalen Arbeiterräte. Den Verhandlungen lagen die verschiedenen Entschlüsse zugrunde, die im Laufe der letzten Wochen von den verschiedenen Parteien in dieser Hinsicht gefaßt und von uns veröffentlicht worden sind.

Als erster Redner sprach der Rechtssozialist Dr. Dahl, der von härmlichem Beifall der gesamten Versammlung unterbrochen. Er führte etwa folgendes aus: Die kommunalen Arbeiterräte sind auch in Zukunft noch unbedingt notwendig. Wo keine sozialistischen Mehrheiten bestehen, ist diese Forderung ganz selbstverständlich. Aber auch wo die Sozialisten in der Mehrheit sind, sollten diese es begrüßen, kontrolliert zu werden. Was dem Miteigentümer seine Werkkraft verleiht, ist die Tatsache, daß wir keine sozialistische Republik haben, nicht einmal eine reine Demokratie.

Es herrscht seitens der Kapitalisten, und seine Vertreter in der Nationalversammlung haben nicht den Willen, das kapitalistische Wirtschaftssystem zu beseitigen. Auch in Frankreich und Amerika herrscht nur der Schein, daß sich noch weit von der reinen Demokratie entfernt, aber wir sind auf dem Wege dahin. Dieser Weg führt über das Räteystem.

Dahling legte die Schwierigkeiten dar, die sich dadurch ergeben haben, daß für die städtischen Betriebe bisher neben den Arbeiterräten für die einzelnen Berufsgruppen noch Ausschüsse für Beamte, Angestellte und Arbeiter bestanden und außerdem als Kontrollinstanz gegenüber dem Magistrat ein Rat von vier Volksbeauftragten. Zwischen diesen und dem Vollzugsrat fehlte die notwendige enge Verbindung. Diese ist jetzt hergestellt worden, allerdings nur durch ein Provisorium. Danach sollen die vier Volksbeauftragten noch beibehalten werden als Mittelglied zwischen den Arbeiterräten und dem Magistrat, weil es Oberbürgermeister Wermuth und Magistrat Reiss abgelehnt haben, direkt mit den Arbeiterräten zu verkehren. Der Aufsichtsrat müsse für die kommunalen Arbeiterräte die wirtschaftlichen Interessen nicht nur der städtischen Angestellten, sondern der Gesamtbevölkerung umfassen. Die kommunalen Arbeiterräte müssen bleiben und es muß in Richtlinien ihre Aufgabenkreis genau umschrieben werden.

Däumig verweist auf die Kommunalverfassung. Diese bittet, soweit die Städteordnung in Frage komme, auf einem Beschluß vom Jahre 1808 und die Gemeindeordnungen kommen gleichfalls aus längst vergangenen Zeiten mit reaktionären Verhältnissen. Damit müsse aufgeräumt werden. An deren Stelle sei die reine Selbstverwaltung treten, aufgebaut auf die arbeitenden Klassen. Dazu sei es notwendig, die vorbereitenden Schritte sofort einzuleiten durch die kommunalen Arbeiterräte. Die Aufgaben, die hier vor uns stehen, können nicht auf bürokratischem Wege und von oben her beseitigt werden. Da müssen die kommunalen Arbeiterräte in Verbindung mit dem Vollzugsrat eingreifen. Nur durch diese Verbindung ist großartige Arbeit möglich und deshalb heißt der Vollzugsrat einer entsprechenden Veränderung in seiner Zusammensetzung nicht entgegen. Wir werden keine anderen Zustände bei den Wahlen usw. herbeiführen können, wenn die alten veralteten Bureaukraten nicht von unten weggespült werden. Und wenn die Mehrheit auf dem Standpunkt der Arbeiterräte steht, werden diese eine Macht darstellen, der sich auch die Regierung nicht entziehen kann. (Stimmengewalt)

wir einen Schritt vorwärts gehen lassen, nachdem wir in der letzten Woche Schritt um Schritt zurückgedrängt worden sind.

Brand, Rechtssozialist, vielfach in seinen Ausführungen durch Widerspruch und Gelächter unterbrochen, betont, daß es noch notwendig sei, eine Kontrolle durch die Arbeiter in gewissem Sinne durchzuführen. Das könne aber nur auf dem Wege der Beteiligung geschehen. Neben die allgemeinen Wahlen herangezogenen Aderperschaften das Räteystem zu setzen, arbe nicht an. Der Weg zur Erreichung unserer Ziele gehe nicht über das Räteystem.

Dr. Michels vertritt seinen bekannten Standpunkt. Auch in Zukunft werde eine gewisse Kontrolle nötig sein, diese müsse aber ausgeübt werden von Organen, die von der Gemeindeverwaltung gewählt und dieser verantwortlich sind.

Berg (Kommunist) meint, was Dr. Dahl ausgesprochen habe, beweise, wie sehr die Entwicklung noch viele Fortgeschritten sei. Selbst Demokraten wollen vielfach, was wir wollen, und das müsse nur nicht bewußt. Solange die wirtschaftlichen Verhältnisse nicht geändert sind, könne von wahrer Demokratie keine Rede sein. Die Kontrolle sozialistischer Mehrheiten in den Kommunen ist notwendig, wie die Erfahrungen, die wir mit den Partei- und Gewerkschaftsführern gemacht haben, beweisen.

Darauf las Berg den Hattelsch gegen die Kommunisten vor, den wir an anderer Stelle veröffentlichten. Es ist weiterhin bekannt, daß Bergs Text, der schon zu tausend Exemplaren ausgefüllt sind mit Namen von Kommunisten und von

unabhängigen Arbeiterräten.

Was ist dabei, in dem Gefängnis Platz zu schaffen (Ehrliche Proteste).

Sie sehen zu den Demokraten und Rechtssozialisten, so steht die volle Demokratie aus, die wir haben. Wenn wir unter dem Sozialistengesetz ist es. (Zuruf: Schlämer noch)

Nach längerer weiterer Debatte wurde beschlossen:

1. Die Kommunalarbeiterräte haben nach wie vor volle Selbstbestimmungsrechte. 6 Mitglieder sollen dem Vollzugsrat angegliedert werden.

2. Arbeiterräte können nicht Mitglieder der Stadterwerbslosenversammlungen und Gemeindeverordnungen sein.

3. Die selbstwählbaren Mitglieder des Vollzugsrats werden auf die Zahl 3 beschränkt.

4. Einwohnervorstände sind abzuschaffen.

5. Heberich hat Beschlüsse herbeigeführt, daß mit Kosten, die von Herbeigeführten angeht, nicht mehr zusammengepackt werden soll.

Dann gab Genosse Däumig noch bekannt, daß die Gastentlassung Bedeans zur Teilnahme am Rätekongress abgelehnt worden ist. (Ehrliche Proteste) Und daß die Arbeiterräte, die in der Vollversammlung für Aufhebung des Einwohnervorstandes gestimmt haben, in der Berliner Einwohnervorstandsversammlung das Gegenteil getan haben.

Nach dem Schlußwort des Vollzugsrates wird uns gefordert: In der gestrigen Vollversammlung der K. u. S. und kommunistischen K. u. S. wurde von dem Genossen Däumig die Beschlüsse abgelehnt, daß die Verlagerung über die Sitzung des Vollzugsrates vom 2. April 1919 nicht den Tatsachen entspricht. In dem Sitzungsbericht heißt es:

„Um eine endgültige Regelung herbeizuführen, wurde außerdem beschlossen, nochmals eine Sitzung anzusetzen, in welcher außer der genannten Deputation auch die vier K. u. S. geladen werden sollen.“

Gen. D. behauptet, daß dieser Teil des Berichtes unrichtig sei. Dem Gen. Prolet sei zwar ein dazugehöriges Entsch. angekündigt, aber nicht angenommen worden.

Demgegenüber stellen wir fest, daß zuerst der Antrag Prolet nicht zur Beschließung erhoben, nach demselben Aufschub mit der Deputation aber vom K. u. S. angenommen worden ist.

Rätekongress der Erwerbslosen.

Zum schon Male, wohl in der ganzen Welt, trat gestern ein Rätekongress zusammen, der aus Delegierten der Arbeitlosen gebildet war. Die teilweise recht improvisierten Verhandlungen ließen erkennen, daß die Arbeitlosen einen bedeutenden politischen Faktor in der Gegenwart darstellen, dessen sich auch die Arbeitlosenparteien wohl bewußt sind. Die politischen Entscheidungen nahmen einen breiten Raum der Tagung ein. Die Ausführungen betrafen, daß der überwiegende Teil der Bevölkerung politisch kommunistisch orientiert ist.

Anwesend sind 54 Delegierte aus fast allen Großstädten des Reichs. Jeder Delegierte vertritt ca. zwanzigtausend Arbeitlose. Außerdem sind vertreten das Reichsamt für Arbeitsbeschaffung, Reichsamt für Arbeitsbeschaffung und die Bayerische Regierung. Im Auftrag der proletarischen Kampfbünde begrüßt Herrfurth-Berlin die Versammlung. Die Erwerbslosenfrage sei keine vorübergehende Erscheinung. Sie müsse deshalb einhellig für das ganze Reich geregelt werden. Der Kongress sollte zum Ausdruck bringen, daß die Arbeitlosen nicht ein Objekt, sondern auch Subjekt bei der Regelung der Erwerbslosenfrage sein müssen.

Mit der Leitung der Konferenz werden Schmidt (Berlin) und Hippmann (Hamburg) betraut.

Der Vorsitzende gibt ein Schreiben des Reichsministers für wirtschaftliche Demobilisierung bekannt. Die Forderung der Arbeitsbeschaffung und die Sorge für die Erwerbslosen gelte zu den wichtigsten Aufgaben der Arbeits- und Demobilisierungsministerien, die bereit seien, die Wünsche der Erwerbslosen zu berücksichtigen und den Kommunen die Mithilfe der Erwerbslosen bei Durchführung der Maßnahmen zu empfehlen. Dagegen erscheine eine besondere, für über das ganze Reich erstredende Organisation der Erwerbslosen nicht angebracht, da die Erwerbslosigkeit nur ein vorübergehender Zustand sei (Widerspruch) und die Interessen der Erwerbslosen durch die Berufsvertretungen der Arbeiter und Angestellten im Verein mit den staatlich eingesetzten Organen und unter Mitwirkung der Arbeitlosen gewahrt sein dürften.

Darauf referierte Herrfurth über die allgemeine Lage der Erwerbslosen.

Die Demobilisierung habe die in Frage kommenden Zahlen unvorhergesehen getroffen. Die amtliche Statistik, die 1,8 Millionen Erwerbslose zugebe, sei lächerlich. Er schätze das Heer der Erwerbslosen auf 2,5—3 Millionen. Dazu kämen die Kriegsverwundeten in den Kämpfbetrieben und aus dem Krieg gefangenen, deren Rückkehr zu erwarten sei.

Die Regierung habe nichts Positives getan, um durch Arbeitsbeschaffung die Arbeitslosigkeit zu beseitigen und den Erwerbslosen einen Existenzminimum zu sichern. Für die Arbeitlosen sei unabdingbar ein Geld da, nicht aber für die Privatkapitalisten, die unter Umständen leben. Die Arbeitsbeschaffung der Ruhe und

Ordnung ist man die erwerbslosen Proletarier bezuziehen. Die Erwerbslosenfrage hängt mit der Arbeitsfrage eng zusammen, darum sollte sie auch nur durch das Mittelstadium gelöst werden. Es gäbe heute noch Betriebe, wo 14 Stunden täglich gearbeitet würde. Es geht die Arbeit besser zu organisieren.

Zur Durchschiebung der Forderungen der Arbeitslosen ist eine Organisation notwendig. In den Städten seien Ausschüsse zu bilden, die sich zu Bezirks- und Landesauschüssen vereinigen müßten.

Wir anerkennen die Arbeitspflicht.

Den Arbeitszwang lehnen wir aber ab, solange die Arbeitspflicht für viele, die jahrelang nicht arbeiten, insbesondere auch für die Freiwilligenkorps, nicht besteht. Der Arbeitszwang soll zu Notregierung unliebbarer Arbeiter und zu Strafberechtigten benutzt werden. Eine Gemeinheit sei es auch, die Erwerbslosen von dem Genus der ausländischen Lebensmittel auszuscheiden. Es sei eine läge, daß die Entente eine solche Forderung erheben dürfte. Die englische Presse wende sich gegen die Kürzung der Lebensmittelrationen für Streikende.

Die Arbeitslosen würden gern auf den Land gehen, aber nicht in die verlassenen Stätten der russischen Kriegsgefangenen, die immer noch den deutschen Erwerbslosen die Arbeitsmöglichkeit nehmen.

Von der Regierung müsse gelodert werden, daß sie die Arbeitslosen anerkenne, und daß die Behörden zur Zusammenarbeit mit diesen gezwungen werden. Dem Reichsarbeitsamt müsse aus den Reihen der Arbeitslosen ein Beirat angegliedert werden. Der Beirat wende sich dann bittig gegen die Regierung, die bisher den Forderungen der Arbeitslosen keine Rechnung getragen habe. Würde sie es fortsetzen, dann könnte leicht der Kampf der Erwerbslosen um ihre Rechte zu einem

Ausgleichungskampf zwischen Kapitalismus und Sozialismus werden. (Redakter Heiß.)

Nach der Mittagspause erhielt Herrfurth nochmals das Wort, um

die politischen Maßnahmen zur Durchführung der wirtschaftlichen Forderungen

dazulegen. Wir ständen am Vorabend einer neuen, der sozialistischen Revolution. Während der Uebergangszeit müßten wir verlangen, daß die Kosten der Sicherheitsorgane von arbeitslosen Proletariaten bestritten werden. An Stelle der Freiwilligenkorps müßte die rote Garde treten. Auch zur Kontrolle der Behörden um müßten die erwerbslosen Arbeiter herangezogen werden. Gegen die Freiwilligenkorps müßte ein scharfer Kampf geführt werden. Redner empfiehlt die Geschäfte der E- und S-Werte in dieser Frage. Wenn man den Arbeitslosen die Forderungen nicht bewilligt, würden sie sich selbst den erforderlichen Nahrung beschaffen, was sie ihn finden. (Zustimmung.) Schließlich würden wir auch

an das gesamte Proletariat appellieren,

in einen Sympathie-Ressort einzutreten. Redner sprach sich für die Schaffung von Wohnmöglichkeiten durch Aufteilung des Erwerbslosenbesitzes und für passive Resistenz gegenüber der Mietzahlung aus.

Zu demselben Thema referierte noch Düwell (Hamburg), der frühere Gewerkschafts-Redakteur. Er behandelte die Frage vom grundsätzlichen Standpunkte aus. Die Arbeitslosigkeit sei ein Kind der monarchisch-kapitalistischen Wirtschaftsordnung, die nur mit dieser verschwinden könne.

Die Sozialisierung sei das einzige Mittel, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Die so oft und laut verkündete Schwierigkeit der Sozialisierung bestehe nur in der Mindernahme auf die Interessengruppen der kapitalistischen Gesellschaft. Eine Arbeitsgemeinschaft der Hand- und Kopfarbeiter würde die Sozialisierung reibungslos durchführen. Erst der Abbruch der Kapitalisten gegen die Sozialisierung würde den Kampf entfachen, der aber dann auch im Interesse des Sozialismus energisch durchgeführt werden müßte. In dem Kampfe um die Macht könne das Mittel der Streikbewegung keine Rolle spielen. Das Kampfmittel des Proletariats sei der Streik. Dieser müsse überall Propaganda gemacht werden.

Ein Vertreter aus Frankfurt a. M. teilt mit, daß nach einer telegraphischen Nachricht

neue Unruhen in Frankfurt

ausgebrochen seien. Die Erwerbslosen haben Demonstrationen veranstaltet. Die weiße Garde aus Kautzheim sei einmarschiert. (Mitzufe.)

Einmütig wurde beschlossen, sich mit den Erwerbslosen in Frankfurt solidarisch zu erklären und die Regierung zur Milderung der weißen Garde zu ersuchen, widrigenfalls die Arbeiterschaft zum Generalstreik aufgerufen werden würde. Die Entscheidung wurde telegraphisch an die Regierung in Weimar zugeandt.

In der Diskussion teilte Einigkeit mit, daß der Herausgeber des „Weltvolkes“ übermüßig verhaftet worden sei, und daß die Reaktionskräfte für den 8. und 9. April einen terroristischen Aufstand planen. (Durche: Sie müßten nur kommen!)

Als Redner wendeten sich bittig gegen die Regierung, die nicht nur für die Arbeitslosen nichts getan habe, sondern sich ihren Aufgaben gegenüber als unfähig erwiesen habe. Jungerkammern seien in den Großstädten kaum noch zu vermeiden. Nebenbei wurde sich der Zusammenbruch der kapitalistischen Gesellschaft bemerkbar. Die neuesten Vorgänge in München werden mit Begeisterung aufgenommen und die Arbeitslosen als die

Von der Weltrevolution

begleitet.

Waller-Hamburg verlangt die Beschlagnahme des Gold- und Schmuckes, um damit die Lösung unserer Notlage herbeiführen zu können, ferner die Organisation der Volkshilfe.

Es wurde schließlich beschlossen: an den Reichspräsidenten Herr, Weimar, das Reichsamt für Arbeit, Reichsministeramt und das Reichsarbeitsamt folgende Forderungen telegraphisch zu übersenden: 1. Die Bestimmungen der Verordnung vom 1. April finden nur sofortige Anwendung, als damit eine Erhöhung der letzten Sätze verbunden ist, im übrigen treten in den einzelnen Orten die früheren höchsten Sätze wieder in Kraft. 2. Die Erwerbslosenunterstützung muß auch für die Sonntage gewährt werden. 3. Unter einwirkender Mitarbeit des Reichsarbeitslosen-Ausschusses unterzählig ein Reichsgesetz für Erwerbslosenunterstützung zu schaffen. 4. Die Erwerbslosenausschüsse werden ohne Rücksicht von allen behördlichen Stellen als die legitimen Vertreter der Erwerbslosen anerkannt werden.

Der Kongreß erwarb die Antwort innerhalb 45 Stunden. Darauf wurden die Verhandlungen auf Sonntag früh 9 Uhr verlegt.

Bersammlungen.

Steglich. Der Straßher Kreisverein der U. S. P. D. hielt am Donnerstag, den 2. April, seine ordentliche Generalversammlung ab. Der junge Kreisverein hat seit seiner von einem Vorkomitee erzielten Gründung die ständige Anzahl von 627 Mitgliedern erreicht. Genosse Nahrung welcher den Vorsitz übernahm, wies darauf hin, daß die Parteizelle der U. S. P. in Steglitz von Wahl zu Wahl immer deutlicher hervor- tritt. Nebenher, die, und das Interesse weiter Kreise der Bürgerkämpfer zu erregen und weiter auf der Bahn der sozialistischen Sozialismus vorwärts zu drücken. Genosse Voss wies in seinem Jahresbericht darauf hin, daß die Maßnahmen der Arbeiter der Arbeiter mit den großen Ausmaßen, die besonders bei den Wahlen entstanden waren, balancieren. Dem

Reisener und dem Gesamtvorstand wurde Entlohnung erteilt. Daraus wurde zur Kenntnis des Vorstandes, der Kassierer und der Kassierer. Ein Vorschlag, Fortsetzung der einzu- richten und planmäßige Bildungsarbeit vorzunehmen, um die neuernommenen Mitglieder im sozialistischen Geiste zu erziehen, wurden dem Bildungsausschuß zwecks weiterer Beratung über- wiesen. Ferner wurde beschlossen, den 1. Mai in würdiger Weise und getreu der historischen Ueberlieferung zu feiern.

Gewerkschaftliches.

Der Streik in der Metallindustrie.

Der Streik hat an Ausdehnung noch zugenommen, da sich immer mehr Betriebe den Streikenden anschließen. Die Verhandlungen gestalten sich schwierig, besonders wegen der Forderungen der Streikenden auf ein Mitbestimmungsrecht bei den Einstellungen und Entlassungen. Es besteht wenig Aussicht, daß der Streik bald beigelegt wird.

Ausschüsse des Dynamowerks der Siemens-Schuckertwerke.

U. S. P. D., versammelten sich am Montag, den 7., um 7 1/2 Uhr, pünktlich, im Streiklokal, Restaurant Kant, Pergstraße, Ecke Siemensstraße in Siemensstadt.

Der Streikauschuß Dynamowerk.

Für die Angelegenheiten des Werks der Siemens u. Co. findet am Sonntag, vormittags 10 Uhr, eine Betriebsversammlung im „Volksklub“, Thalkolonnen, Köpenickerstraße 4, statt. Das Erscheinen aller Kollegen und Kollegen ist dringend erforderlich. Der Streikauschuß Dynamowerk.

H. W. Witz u. Genoss. Betriebsversammlung der Angestellten Montag, 7. April, früh 9 1/2 Uhr, Restaurant Wilhelmshof, Schöneberg, Oberstraße 50a. — Versammlung der Arbeiter um 11 Uhr im selben Lokal. Die Streikleitung.

Streik der Brunnenbauer und Pöller Groß-Berlins.

Auf Grund von sehr hohen Lohnforderungen, die nach den heutigen Beschäftigten von einem sozial denkenden Arbeitgeber ohne weiteres angenommen würden, sind nach dem Verhandlung mit den Arbeitgebern stattgefunden hat, welche aber kein annehmbares Zugeständnis brachte, die Brunnenbauer und Pöller in den Streik getreten, um so ihren berechtigten Forderungen Geltung zu verschaffen. Deutscher Bauarbeiter-Verband, Verein Berlin U. S. P. D.

Achtung! Blumengeschäftsangestellte!

Die neue politische Verordnung über die Verkaufszeit in den Blumengeschäften läßt für diese eine Beschäftigung des Personal am Sonntag in der Zeit von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr vormittags zu. Die Organisationsleitung nimmt deshalb zur Zeit von einem Sonntagstreik Abstand. Nach Verhandlung in der Arbeiterorganisation ist folgendes vereinbart worden: Es ist streng darauf zu achten, daß die 48stündige Arbeitswoche nicht überschritten wird. Wird Personal während der zwei Stunden am Sonntag beschäftigt, so darf das nur auf das unbedingt notwendige Maß ausgedehnt werden. Als Maßstab mag gelten, daß das Personal nur bis zur Hälfte des sonst regelmäßig tätigen Personals zur Sonntagarbeit herangezogen wird. Personal das Sonntag beschäftigt wird, muß durch entsprechende Freizeit an anderen Tagen der Woche entschädigt werden. Eine in den nächsten Tagen stattfindende Versammlung wird sich mit weiteren Schritten zur Erläuterung der vollständigen Sonntagruhe für die Blumengeschäftsangestellten beschäftigen. Gruppe der Blumengeschäftsangestellten im Verband der Gärtner und Gärtnerei-Arbeiter, Berlin S., Luisenpark 1.

Achtung! Zivillangestellte der Seereschiffe usw.

Die für Montag, den 7. April, vormittags 10 Uhr, nach dem Kaiserpalast der Bumba (Feldjagdmehrer) einberufene Versammlung der Offiziere der Angestellten-Ausschüsse und Vertrauensmänner kann nicht stattfinden. Neuer Versammlungstermin wird Anfang nächster Woche bekanntgegeben.

In einer herbeigeführten Branchenversammlung der Elektromonteur und Pöller gab der Kollege Werner Müller den Jahresbericht. In kurzen Zügen schilderte er die Tätigkeit der Branchenkommission, die sich alle Mühe gab, für die Kollegen etwas zu erreichen. Bei der Neuwahl der Branchenleitung wurde Kollege Müller wieder einstimmig gewählt. In die Kommission wurden die Kollegen Leindner, Kiese, Trulshoff, Heintzel, Mikalowski, Kadel, Kohl, Tesch, Kuhl, Gohbert, Krüger, Schmidt, Ansohl, Woss, Handel und Wähner gewählt. Die Kollegen sind Mitglieder der U. S. P. D. da aus Verlangen der Versammlung nach Parteigelehrigkeit gefragt wurde. Des weiteren berichtete Kollege Müller, daß der Lohn des Stadtverordneten gekündigt werden soll, und er ersucht um Bestätigung, auch das Lohnabkommen zu kündigen, wenn bei den neuen Verhandlungen mit dem Industriellen-Verband die 15 Prozent nicht befreit werden können. Die Vollmacht wurde einstimmig erteilt. Bei dem Verband der Industriellen Groß-Berlins sowie bei der „Weißschiff für Drapier“ ist es gelungen, die Zahlung der Mindestlöhne vom Tage der Anerkennung des Vertrages durchzusetzen und für die Rückzahlung vom 9. Dezember bis zum Ablauf des Vertrages die 15 Prozent bis zur Erreichung der Mindestlöhne. Bei einigen Abteilungen von Siemens ist die Rückzahlung noch nicht erfolgt und erbat dies eine längere Ausrede. Ein Antrag betreffs der Pöller wurde einstimmig angenommen, ebenso eine Resolution, welche scharf gegen die Verhaftung des Genossen Däumig protestiert und sofortige Freilassung des Genossen sowie Genossen Lebehaus fordert.

In einer Betriebsversammlung der Beamtenschaft der Dacharbeiter Paul wurde beschlossen, daß am Montag, den 7. April, der Chorus des Angestellten-Ausschusses zusammen mit zwei Ausschussmitgliedern vor dem Reichsarbeitsamt über die von der Direktion abgegebenen Forderungen verhandelt solle. Verlangen diese Forderungen: Erwerbslos, so tritt die Angestellten-Ausschüsse Dienstag früh in den Streik ein. Die weitere Durchführung der Aktion ist für diesen Fall dem Allgemeinen Verband der Deutschen Bauarbeitern zu überlassen.

Deutscher Transportarbeiter-Verband, Sektion I (Händler- arbeiter, Branchemleiter, Betriebsvertrauensleute und Delegierte zur städtischen Generalversammlung: Dienstag, den 5. April, abends 7 Uhr, im Kaiserhof-Kolonna, Holzmarktstraße 72 (obere Etage), Funktionär-Versammlung, 1. Stellungnahme zur Neuwahl der Ortsverwaltung, Vorschläge von 8 Reichern und des Sektionsleiters 2. Beschäftigung über eingegangene Anträge.

Berlin-Gewerkschaft der Metallwerke. Die noch ausstehenden Arbeiter treffen sich Montag früh 8 Uhr, im Restaurant Schmal, Giesborsstraße, Nieder Oberwall.

Eintritt der zweiten Jahrsgruppe! Arbeiter der Gemeinden (Händler- arbeiter) und der gewerkschaftlichen Betriebe haben am Mittwoch, den 5. April, nachmittags 8 Uhr, eine Sitzung im Berliner Rathaus (Saal 66). Als Tagesordnung ist vorgeschrieben: 1. Anstellungen des 1. Vorsitzenden; 2. Der Zentral- ausschuss und Angestellten-Ausschüsse der Gemeinden und gewerkschaftlichen Betriebe; 3. Verzeichnis. Es ist dringend zu empfehlen, daß von jeder Gemeinde, die zum Ortsrat der U. S. P. D. ein Vertreter (Obmann) entsandt.

Groß-Berlin.

Gemeingefährliche Sparsamkeit.

Unserer brennenden Lebensmittellage kann nicht gezwungen werden. Sie ist notorisch. Wer dazu bereit ist noch zu vermehren, begeht ein schlimmes Verbrechen. Verbrechen, wenn auch unbewußt, begeht auch der, der durch falsche Maßnahmen es verursacht, daß Lebensmittel verderben. Ein solcher Mißstand scheint auf Anhalt der Güterbahn zu herrschen, wo infolge ungenügender Arbeitskräfte Wagen mit Lebensmitteln unangekommen stehen bleiben, so daß die Lebensmittel zu verderben drohen.

Die Güterwagenarbeiter der Güterabfertigung an der Güterbahn, hatten am 31. 3. 19 einstimmig beschlossen, den Präsidenten der Eisenbahndirektion Berlin zu ersuchen, den Eisenbahndirektor Döber, Rodenrat Fuß und Obergütervorsteher Wehrmann von den Posten zu entfernen und diese Stellen mit geeigneten Beamten besetzen, die das Interesse der Verwaltung und der Arbeiter in jeder Beziehung wahrnehmen. Ferner sollten zur Bewältigung des Verkehrs 60-70 Arbeiter neu eingestellt werden. Genannte Beamte waren gegen eine Neueinstellung, folgedessen hatten sich über 300 Wagen, meistens Lebensmittel, angeammelt, die nicht entladen werden konnten, so daß der Annahmeverkehr eingestellt wurde. Auf die Güterbahn hin sind bis jetzt erst 19 Arbeiter eingestellt. Ferner hat der Obergütervorsteher Wehrmann, seit festgesetzt, am 23. 3. 19 der Verwaltung nur 50 Wagen nicht entladen gemeldet, obwohl an diesem Tage 180 nicht laden waren. Die Lebensmittel sind dem Verderben überliefert und tut dringend Abhilfe notwendig. Gemeingefährlich den Beamten, die mit den an und für sich schon knappen Lebensmitteln in so unverantwortlicher Weise wirtschaften, gehören nicht diese Plätze.

Wir fordern und nicht veranlaßt, an diesen und von verlässiger Seite gemachten Angaben zu zweifeln. Aus dem Grunde erwarten wir, daß sich die Eisenbahndirektion sofort zu diesen falschen Aufstellungen äußert und außerdem die Lebensmittelstelle Groß-Berlin mit den Mitteln darauf dringt, daß diese Mißstände beseitigt werden.

Sozialistische Studentenpartei.

Zum erstenmal ist den reichsdeutschen Kommunisten der Berliner Universität am Montag Gelegenheit gegeben, über Zukunft selbst zu entscheiden. Es versäume daher keiner, wenn er nicht Kriegsteilnehmer ist, zur Wahl zum Studentensparlament zu gehen. Gewählt wird Montag und Dienstag 9-8 Uhr, Mittwoch 9-2 Uhr. Als Legitimation sind zu bringen: Studententarte und Kennzeichen. Kommissionspräsident, der Wahlrecht bezeugt, geht zur Wahl, wählt die Liste der Sozialistischen Studentenpartei. Sie trägt mit dem Namen Dietrich.

Über „Festschaltungen“ spricht Montag, den 7. 4., abends 7 Uhr, Dr. Hans Reichenbach im Auditorium 143 der Universität.

Achtung! Arbeiterräte, Betriebsräte und Vertrauensleute der U. S. P. D.

Am Dienstag, den 8. April, nachmittags 4 Uhr, findet in den Vorur-Sälen, Müllerstraße 143 eine Anlaufkunft statt. Eintritt nur gegen Legitimationskarte.

Am Montag, den 7. April, 7 Uhr abends, Redner der U. S. P. D. Arbeiterräte. In den Sellen 23, Zimmer Der Fraktionsvorstand der U. S. P. D. Arbeiterräte: G. Sommerfeld.

Um die Dörrenkette.

Die Kettenteile der Stahlwerke sind in letzter Zeit Gegenstand von Erörterungen gewesen. Die bürgerlichen Abgeordneten sehen keinen Anlaß, die mit dem Kaiserlichen Wilhelm III. verbundenen Ketten abzuschaffen, wie die sozialdemokratischen Fraktionen das wollen. Diese Ketten sind bei besonderen Anlässen vorgeschrieben, angesehene bei Zeremonien von Mitgliedern der Stadterordnetenversammlung haben selber auch sozialdemokratische Stadterordneten diese angelegt, weil auch die bürgerlichen Vertreter, die bei Erörterungen erschienen, diese Ketten anlegten. Es war ein Vorbehalt, daß derjenige, der von der Stadterordnetenversammlung delegiert wurde, im Amtstrah und die Kette anlegen sollte. Diese, als Kopf der Vorsteher der Amtstrah, Kette, hatte schon längst abgeschafft werden sollen, aber bürgerlichen Vertreter wollen durchaus die Ketten haben, weiblichen Mitglieder sollen selber entscheiden, wie sie es haben wollen.

Kommunale Arbeiterräte der U. S. P. im K. H. T.

Am Dienstag, den 8. April, nachmittags 4 Uhr, findet in der Volkshilfe, Kautzka, Reichstraße 41, eine öffentliche Sprechung der kommunalen Arbeiterräte der U. S. P. im K. H. T. statt.

Wir bitten, dafür Sorge zu tragen, daß jeder Teilnehmer ist.

Die Arbeiterräte von Viktoria- und T.

Italienische Sozialisten auf der Anlagbahn.

Die Frage gegen die aus Anlaß der Konsumvereine, daß die Beschlüsse ändern über ihrem Ende. Mit der Einmütigkeit des „Vorwärts“-Gebäudes durch die Regierungstruppen am 11. wurde die dem Staatsanwalt verschiedene Listen mit Namen der Teilnehmer der Besetzung in die Hände gegeben, auf denen sich 11 Italiener verzeichnet waren. Zwei dieser Italiener sind in früheren Verhandlungen schon freigesprochen worden. Gestern wurde von der 9. Strafkammer des Landgerichts I die einzigen Italiener verurteilt, zu deren Verurteilung die Untersuchung eines Dolmetschers notwendig war.

Der Redakteur Balduini hat sich während des Krieges als Defektor in der Schweiz aufgehalten. Als er nach Deutschland zurückkehrte, nach Italien angeklagt zu werden, ging er nach Deutschland und befragte sich in Berlin als Korrespondent italienische sozialistische Zeitungen. In dieser Funktion begab sich am 10. Januar auch in den von Anwaltskanzleien des „Vorwärts“ um die Informationen mit Hilfe eines deutschsprachigen Landmannes zu holen, ist aber in Rücksicht auf durch den Sturm der Regierungstruppen dringende Lebensnot nicht mehr hinausgegangen und dadurch in Gefangenschaft geraten.

Der Journalist Massimo war früher Professor Mathematik, dann Korrespondent des „Vorwärts“ in Berlin. Wegen des imperialistischen Krieges desertierte auch er nach Schweiz, sah dann später den Entschluß, nach Russland zu gehen, um den in der ganzen Welt verurteilten Bolschewismus zu unterstützen zu studieren. Den Terrorismus, der eine Maß-

